

---

**N i e d e r s c h r i f t**

über die Sitzung des Stadtrates am 05.07.2023

**Sitzungsbeginn:** 16:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:15 Uhr  
**Sitzungsort:** Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (DVV), großer Saal, Albrechtstr. 48, 06844 D.-R.

**Teilnehmer/-innen:** siehe Anwesenheitsliste

**Öffentliche Tagesordnungspunkte**

**1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

**Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates**, eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Einladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit mit derzeit 38 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

**2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, gibt bekannt, dass seitens des Einreichers die im Tagesordnungspunkt 6.9 (BV/110/2023/III-65) eingeordnete Beschlussvorlage zurückgestellt und in einer der nächsten Sitzungen des Stadtrates erneut eingereicht wird.

**Herr George, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste**, zieht die im Tagesordnungspunkt 6.18 (FV/017/2023/BÜRGER) eingeordnete Beschlussvorlage zurück, da der Oberbürgermeister den Antrag der Fraktion übernommen hat und das Rathaus bereits geöffnet ist.

Die Tagesordnung wird geändert, ohne die Tagesordnungspunkte 6.9 und 6.18, einstimmig beschlossen.

**3 Berichte des Oberbürgermeisters**

**3.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt**

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** informiert über folgende Angelegenheiten im Zeitraum vom 21. Juni 2023 bis 5. Juli 2023:

- 
- Zum 1. Juli 2023 hat Herr Olaf Ruch die Geschäftsführung der Agentur für Arbeit übernommen.
  - Am 24. Juni 2023 beging die Berufsfeuerwehr ihre Festveranstaltung zum 100jährigen Bestehen und die ehrenamtliche Feuerwehr ihr 160jähriges Jubiläum. Am Nachmittag konnten sich die Bürgerinnen und Bürger beim Tag der offenen Tür einen Eindruck über die Aufgaben verschaffen. Er spricht seinen Dank für die hervorragende Arbeit aus
  - Im Paul-Greifzu-Stadion fand die Dessauer Boxnacht statt.
  - Am Wochenende fand das 1. Dessauer Stadtfest statt. Er dankt allen, die zum Gelingen des Stadtfestes beigetragen haben.
  - Eine Wirtschaftsdelegation aus der Partnerstadt Argenteuil besuchte das Stadtfest und verschiedene Unternehmen in der Stadt.

Abschließend verweist er darauf, dass der in der letzten Sitzung des Stadtrates angekündigte Widerspruch den Fraktionen zugegangen ist. Es ist nicht sein Ansinnen, diesen Widerspruch über mehrere Instanzen zu führen. Er hofft, dass im gegenseitigen Miteinander die Punkte geklärt werden können.

### **3.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** gibt die in der Sitzung des Stadtrates am 21.06.2023 nichtöffentlich gefassten Beschlüsse bekannt:

- Maßnahmen zur Gewinnung und Bindung von Fachkräften im Gesundheitsamt, Veterinärwesen und Verbraucherschutz
- Verleihung der Ehrenbürgerschaft der Stadt Dessau-Roßlau an Herrn Professor Erhard Hirsch.

Während der Behandlung des Tagesordnungspunktes erscheinen Herr Mrosek und Herr Bücher, Fraktion AfD, zur Sitzung. (40)

### **3.3 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters**

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** informiert, dass im Berichtszeitraum keine Eilentscheidungen getroffen wurden.

## 4 Einwohnerfragestunde - Beginn ca.16:20 Uhr

**Herr Bösker** legt dar, dass es um die redaktionelle Verantwortung für die Fraktionsseiten im Amtsblatt der Stadt Dessau-Roßlau geht. Er fragt, wie die Regelung der redaktionellen Verantwortung für die Fraktionsseiten im Amtsblatt der Stadt Dessau-Roßlau mit den Vorgaben des Pressegesetzes für das Land Sachsen-Anhalt sowie mit dem Verbot und der Vorzensur laut Grundgesetz in Übereinstimmung zu bringen ist. Das Pressegesetz für das Land Sachsen-Anhalt legt fest, dass verantwortliche Redakteur\*innen im Impressum zu benennen sind. Damit korrespondiert § 12 des gleichen Gesetzes, in dem die strafrechtliche Verantwortung der im Impressum genannten Personen festgelegt ist. Im Impressum des Amtsblattes der Stadt Dessau-Roßlau heißt es: "Verantwortlich für den amtlichen und nichtamtlichen Teil: Stadt Dessau-Roßlau, Zerbster Straße 4, 06844 Dessau-Roßlau  
Redaktion: Genannte Redakteurin."

Herr Bösker stellt folgende Fragen:

1. Zählen die Fraktionsseiten zum amtlichen oder nichtamtlichen Teil des Dessauer Amtsblattes?
2. Ist die genannte Redakteurin aus Sicht der Verwaltung für den Inhalt aller Teile des Amtsblattes, inklusive des Anzeigenteils und der Fraktionsseiten, auch im strafrechtlichen Sinne, verantwortlich?

Weiterhin geht er auf die Fußzeile ein, die in den Fraktionsseiten zum Dessauer Amtsblatt veröffentlicht werden. In diesen Fußzeilen heißt es wörtlich:

"Für die sachliche und fachliche Richtigkeit aller Angaben auf den Fraktionsseiten übernimmt die Stadtverwaltung als Herausgeberin des Amtsblattes inhaltlich keine Gewähr und behält sich gegebenenfalls die Möglichkeit zur Richtigstellung vor."

Er stellt die Fragen, inwiefern ist die Ablehnung jeglicher Gewähr für Inhalte auf den Fraktionsseiten mit dem Korrekturvorbekalt vereinbar? Was ist mit "Richtigstellung" gemeint? Inwiefern ist der in der Fußzeile angesprochene Vorbehalt zur Richtigstellung mit dem Verbot des Eingriffs staatlicher oder öffentlicher Stellen in periodisch erscheinenden Presseerzeugnissen veröffentlichten Meinungsäußerungen vereinbar?

Aufgrund der abgelaufenen Redezeit und der drei vorgebrachten Fragen unterbricht der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, Herrn Bösker und bittet die Verwaltung um Beantwortung der Fragen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** dankt Herrn Bösker für die Fragen, die er bereits an die Stadtverwaltung gesandt hat. Diese sind in Bearbeitung und werden schriftlich beantwortet. Es gibt einen Kodex, der gewisse Spielregeln formuliert. Für den Inhalt der Texte sind die Fraktionen verantwortlich, die Gesamtverantwortung obliegt dem

---

Oberbürgermeister. Die Gestaltung der textlichen Inhalte sollte gewissen Konventionen des zwischenmenschlichen Miteinanders entsprechen. Die juristischen Antworten werden nachgereicht.

**Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates** erteilt dem Bürger, der nicht namentlich genannt werden möchte, das Wort. Dieser richtet sich an den Vorsitzenden des Stadtrates und bittet um eine schriftliche Beantwortung bzw. um eine jetzige kurze mündliche Information zu den für ihn zu hohen Kosten für die Kultur in der Stadt Dessau-Roßlau. Er zählt einige Beispiele auf, wo und mit welchen Kosten in die Kultur investiert wurde. Dazu gehören die Meisterhäuser, das Georgium, das Theater und der Zuschuss zur Synagoge. Da es sich um Gelder der Steuerzahler handelt, fragt er, wer das alles noch bezahlen soll und wie dieses Problem verantwortungsvoll gelöst wird.

**Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates**, erklärt, dass der Stadtrat stets abwägt, überlegt und sich dafür einsetzt, wie und wo das Geld ausgegeben wird. Die nächsten Haushaltsberatungen stehen an. Er empfiehlt dem Bürger, den Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung und den Ausschuss für Kultur und Sport zu besuchen, da dort über die Ausgaben diskutiert wird.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** ergänzt, dass jeder ausgegebene Euro für die Kultur eine gute Investition für die Stadt ist. Zum einen ist es ein Selbstverständnis, eine Kulturstadt zu sein, zum anderen verbindet sich vieles aus dem Vermittlungsauftrag für den Teil, der zum UNESCO Weltkulturerbe gehört. Die Meisterhäuser wurden der „Stiftung Bauhaus“ zugestiftet und die Stadt ist stimmberechtigtes Mitglied im Stiftungsrat. Der Nutzen für die Stadt muss im Gesamten betrachtet werden. Zum Theater erklärt er, dass es zwei Aufträge gibt, die die Subventionen rechtfertigen. Das Theater soll für viele Menschen zugänglich sein. Das Theater, mit allen seinen Sparten, hat eine große Bedeutung für alle Generationen in unserer Stadt. Als eines der drei Oberzentren in Sachsen-Anhalt besteht der Auftrag, die Region zu versorgen. Gäste von außerhalb konsumieren vor oder nach den Veranstaltungen und tragen das Image der Stadt nach außen. Auch das Georgium steht unter einem besonderen Schutzauftrag, der hier erfüllt werden muss. Die Sanierung solcher Gebäude ist keine einfache Sache. Er spricht dem Stadtrat für die Unterstützung beim Bau der Synagoge seinen Dank aus.

**Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates**, fragt den Bürger Herrn Skwar, ob sich seine Frage auf einen nachfolgenden Tagesordnungspunkt bezieht. Da Herr Skwar bestätigt, dass sich seine Frage auf die Wahl der Schöffen bezieht, wird diese nicht zugelassen.

## **5 Öffentliche Anfragen und Informationen**

### **5.1 Stellungnahme der Stadtverwaltung Dessau-Roßlau zur Aufstellung des Sachlicher Teilplans „Windenergie 2027 in der Planungsregion Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg“ Vorlage: IV/025/2023/I-61**

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

## **5.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen**

**Der Ortsbürgermeister von Mosigkau, Herr Weber**, bemängelt wiederholt die schlechten Straßenzustände im Stadtteil Mosigkau. Die Baumaßnahme Mühlenstraße soll voraussichtlich 2026 erfolgen. Bis dahin kommen die Anwohner besagter Grundstücke bei Regen nicht trockenen Fußes in ihre Häuser. Er äußert seinen Unmut über die Regenwasserentsorgung in Mosigkau, die seiner Meinung nach schon 32 Jahre andauern.

Herr Weber stellt weiterhin die Frage, wann die Haushaltsmittel für die Maßnahme der Verlängerung des Reststückes B185 eingestellt werden und geht auf den Jugendtreff Mosigkau ein. Seine Frau konnte sich diesen Missstand nicht länger mit ansehen und hat eine Stellenausschreibung für die Honorarstelle vorbereitet, die er an die Verwaltung übergibt.

**Herr Hans-Peter Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau**, geht auf den Widerspruch des Oberbürgermeisters zum geplanten Standort der Regenbogenschule in der Bernburger Straße ein und kritisiert, dass sich der Oberbürgermeister nicht zum offenen Brief der betroffenen Eltern äußert. Er kann nicht sagen, ob der bestätigte Stadtratsbeschluss zur Regenbogenschule rechtswidrig ist, er hofft aber, dass der Widerspruch von Personen, die vom juristischen Fach sind, widerlegt werden kann. Seiner Meinung nach wird hier nur Zeit vergeudet.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** erklärt, dass es einen Gesprächstermin mit der Elternvertretung der Regenbogenschule geben wird und dieser terminiert ist. Das war eine Bitte aus dem offenen Brief und dieser wird zeitnah entsprochen.

**Herr Geiger, fraktionslos**, kritisiert, dass er als fraktionsloses Mitglied die Einladungen, die an die Fraktionen versendet werden, nicht erhält. Jüngstes Beispiel ist die Exkursion bezüglich der Regenbogenschule nach Berlin. Für ihn hat das etwas mit Wertschätzung zu tun. Deshalb bittet er darum, das zukünftig zu beachten.

---

Weiterhin bittet er um eine schriftliche und detaillierte Auskunft zum Sachstand der Bietheschule. Er stellt die Frage, wann diese in die neu ernannte Sekundarschule Roßlau umziehen kann? Wenn es Verzögerungen geben sollte, bittet er um Angabe, warum es zu diesen Verzögerungen kommt.

**Frau Bürgermeisterin Lohde, Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün**, sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

**Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, geht auf das Thema „Zukunftsreise“ ein und erfragt den aktuellen Stand.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

**Herr Kaßner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste**, äußert seine Meinung über den letzten Artikel der Fraktion AfD im Amtsblatt und wirft dieser das Schüren von Hetze und Hass vor. Als Beispiel zitiert er aus dem Artikel und weist auf Fehler bezüglich der genannten Zahlen hin. Er wirft Herrn Mrosek vor, alle Tatverdächtigen als Täter zu pauschalisieren, obwohl in einem Rechtsstaat bis zur rechtskräftigen Verurteilung die Unschuldsvermutung gilt. Er nennt einige Zahlen zur Kriminalstatistik aus 2022 in Sachsen-Anhalt und deren guter Aufklärungsquote. Er bittet Herrn Mrosek mit der Hetze und Polemik aufzuhören.

**Herr Berghäuser, Fraktion Die Linke**, stellt die Fragen, wie im Falle eines Alarmes im DVV-Saal der Katastrophenschutz gesichert ist, wo befinden sich der Fluchtweg und der Stellplatz. Herr Müller, Amtsleiter für Brand- und Katastrophenschutz und Rettungsdienst, könnte mit den Stadträten eine Übung durchführen.

Von anwesenden Stadträten wird Herr Stadtrat Berghäuser darauf hingewiesen, dass überall im Saal die Fluchtwege gekennzeichnet sind.

Weiterhin bezieht sich **Herr Berghäuser** auf den Vorfall im Landtag, in dem zwei Landtagsabgeordnete ihre Unterschrift zur Befürwortung der BUGA in Dessau zurückgezogen haben. Beide Landräte sind gebürtige Dessauer, er kann das nicht nachvollziehen.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, geht auf die letzte Stadtratssitzung am 21.06.2023 ein, in der er um Aufklärung der Situation im Jagdwesen und der Problematik mit den Waschbären und Wildschweinen gebeten hat. Er bemängelt, dass er bis heute, nach 14 Tagen, noch keine Antwort erhalten hat und fragt, wann mit einer Antwort gerechnet werden kann. Er sieht in der Problematik dringenden Handlungsbedarf und würde sich über erste konzeptionelle Ansätze freuen. Auch steht die Antwort der Anfrage zur Zuständigkeit, Verantwortung und die Prozessbegleitung zum Standort Regenbogenschule aus.

Weiterhin bittet **Herr Schönemann** um eine mögliche Kooperation im Prozess des Zukunftszentrums Deutsche Einheit Halle mit der Bauhausstadt Dessau. Er bittet den Oberbürgermeister, unmittelbar Kontakt aufzunehmen und schnell darüber zu informieren, welche Ansätze es gibt, um gemeinschaftlich beide Städte in diesen Prozess einzubringen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** sichert die Beantwortung der Fragen aus der letzten Stadtratssitzung zu und bestätigt, dass ein gutes Verhältnis zur Stadt Halle besteht. Der Oberbürgermeister aus Halle und er sehen sich regelmäßig. Im Kontext der Bewerbung des Zukunftszentrums war der Kontakt gegeben und es wurde eine Erklärung unterschrieben, dass die Stadt Halle, nachdem unsere Stadt aus dem Prozess ausgeschieden ist, mit unserer Unterstützung rechnen kann. Der Austausch zwischen den kreisfreien Städten ist gegeben.

**Herr Mrosek, Fraktion der AfD**, geht auf den Redebeitrag von Herrn Kaßner ein und wirft ihm Verdrehung der Tatsachen vor. Er wehrt sich gegen den Vorwurf der Volksverhetzung. Das sind statistisch ermittelte Fakten. Überall ist zu lesen, dass die Hemmschwellen sinken und die Kriminalität zunimmt.

**Herr Fricke, Fraktion der SPD**, äußert an Herrn Mrosek gewandt, dass er regelmäßig die Leser des Amtsblattes mit irgendwelchen Kriminalstatistiken belästigt. Die in den Artikeln verwendeten Zahlen sind ohne Aussagekraft, da der Bezug fehlt. Diese absoluten Zahlen dienen lediglich der Diffamierung von Asylbewerbern und der Verunsicherung der Bevölkerung. Sie schüren Angst und Unsicherheit. Er bittet Herrn Mrosek, sich für den nächsten Artikel im Amtsblatt etwas auszudenken, was mit der Stadt Dessau-Roßlau zu tun hat.

## 6 Beschlussfassungen

### 6.1 Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richter für das OVG Magdeburg Vorlage: BV/175/2023/I-30

**Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates**, informiert, dass zwei Bewerber zu wählen sind, die jeweils die Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder des Stadtrates, mindestens jedoch die Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl, erhalten müssen, also mindestens 26 Stimmen.

**Der Vorsitzender des Stadtrates** nennt die Namen der anwesenden Mitglieder der Stimmzählkommission: Herr Kellner, Frau Ehlert, Herr Tschammer und Herr Geiger.

Es erfolgt die Ausgabe der Stimmzettel.

---

Nach der Ausgabe der Stimmzettel wird eine Pause von 5 Minuten durchgeführt.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, gibt nach der Pause und der Auszählung der Stimmen folgendes Wahlergebnis bekannt:

Abgegebene Stimmen 40, davon entfallen auf

Herrn Daniel-André Bräsecke – 19 Stimmen

Frau Kerstin Büttner – 6 Stimmen

Herrn Lutz Büttner – 6 Stimmen

Frau Stefanie Krause – 28 Stimmen

Frau Dorit Müller – 13 Stimmen

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, gibt bekannt, dass nur Frau Stefanie Krause das erforderliche Quorum erreicht hat und auf die Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richter für das OVG Magdeburg gesetzt wird.

### **Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die Vorschlagsliste mit der Bewerberin Frau Stefanie Krause, die im Rahmen einer Vorauswahl zwei Drittel der Stimmen der anwesenden Mitglieder des Stadtrates, mindestens jedoch 50 Prozent der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Stadtrates, erreicht hat.

**Abstimmungsergebnis:** 40:00:00

## **6.2 Wahl der Haupt- und Hilfsschöffen** **Vorlage: BV/178/2023/I-30**

**Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates**, gibt bekannt, dass der Bewerber Nr. 78 der Männerliste seine Kandidatur zurückgezogen hat und demzufolge die Abstimmung der Listen ohne diesen Bewerber erfolgt. Seitens der Mitglieder des Stadtrates wurden, auf Nachfrage des Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Rumpf, keine Einwände zu den auf den Listen stehenden Bewerbern vorgebracht.

### **Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die als Anlage beigefügte Vorschlagsliste für die Wahl der Haupt- und Ersatzschöffen, ohne die Nummer 78 der Männerliste, für das Amtsgericht Dessau-Roßlau sowie für das Landgericht Dessau-Roßlau für die sich über den Zeitraum vom 01.01.2024 bis zum 31.12.2028 erstreckende Amtsperiode.

**Abstimmungsergebnis:** 40:00:00

## 6.3 Eintrittspreise und Entgelte für die kommunalen Bäder Sportbad Dessau, Gesundheitsbad und Erlebnisbad Roßlau Vorlage: BV/019/2023/I-52

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, weist daraufhin, dass die Beschlussvorlage in der letzten Sitzung des Stadtrates zurückgezogen wurde, um den Änderungsantrag von Herrn Kellner, dass alle Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren kostenfreien Eintritt erhalten sollen, mit aufzunehmen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** bestätigt aufgrund der Nachfrage von **Herrn Kellner, Fraktion CDU**, dass die Formulierung Kameradinnen und Kameraden gleichzusetzen ist mit der Formulierung Mitglieder. Wichtig ist die treue Mitgliedschaft in der Feuerwehr.

**Herr Geiger, fraktionsloses Mitglied**, stellt den **Antrag**, den Punkt zur kostenlosen Nutzung für die Mitglieder der Feuerwehren dahingehend zu erweitern, dass alle ehrenamtlich Tätigen das ebenso kostenlos nutzen können.

Auf Nachfrage des **Vorsitzenden des Stadtrates, Herr Rumpf**, konkretisiert **Herr Geiger** den Antrag dahingehend, dass jeder, der im Besitz der **Ehrenamtskarte** ist, **die Bäder kostenfrei nutzen kann**.

**Herr Günther Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau**, verweist darauf, dass die Bewegung im Wasser eine große Rolle bei der Gesunderhaltung der Bürger spielt. Unter anderem wird der ständigen Zunahme des Bewegungsmangels und der fortschreitenden Gewichtszunahme für die Kinder und Jugendlichen entgegengewirkt. Bei einem Vergleich der Eintrittspreise mit anderen Städten muss festgestellt werden, dass der Eintrittspreis in Magdeburg lediglich 2,50 pro Stunde beträgt. In Dessau-Roßlau wird eine Erhöhung auf 4,00 Euro pro Stunde geplant, was eine Steigerung gegenüber Magdeburg von 60 % ist. Mit dem Tagesticket unserer Stadt ist eine Steigerung um 50 % vorgesehen. Aus sozialen Gründen wird eine Steigerung der Eintrittspreise und Entgelte für die kommunalen Bäder seitens der Freien Fraktion Dessau-Roßlau abgelehnt. Durch die Ablehnung der Beschlussvorlage soll ein klares Votum zum Wohle der Bürger gesetzt werden.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, unterstützt den Antrag von Herrn Geiger und verdeutlicht, dass die Fraktion Preissteigerungen, die sich mit der verfehlten Politik abzeichnen, ablehnt.

**Herr Mrosek, Fraktion AfD**, spricht sich ebenfalls dafür aus, die ehrenamtlich Tätigen für ihr Engagement zu belohnen und die Eintrittspreise nicht zu erhöhen. Er stellt

den **Antrag**, die Gebühren für die Bürger nicht zu erhöhen, was zumindest für ein Jahr gelten soll. Den Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehren bzw. den Inhabern der Ehrenamtskarte soll ein freier Eintritt gewährt werden.

**Herr Hans-Peter Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau**, verweist darauf, dass sich in der letzten Stadtratssitzung eine Ablehnung der Preiserhöhung abgezeichnet hat. Lediglich der Antrag von Herrn Kellner hat zu der Wiedervorlage geführt. Der von Herrn Geiger eingebrachte Antrag wird unterstützt. Herr Dreibrodt stellt für die Fraktion folgenden **Änderungsantrag: Der Punkt 1 der Beschlussvorlage (Erhöhung der Eintrittspreise gemäß Anlage 2) wird ersatzlos gestrichen. Die Punkte 2 und 3 bleiben unverändert bestehen. Des Weiteren soll aufgenommen werden, dass die Träger der Ehrenamtskarte die städtischen Bäder kostenfrei nutzen können.**

**Herr Adamek, Fraktion CDU**, bezieht sich auf die in der Begründung aufgeführte Anmerkung des Fachreferates zur Abteilung Wasserwacht des Deutschen Roten Kreuzes. Dort wird betont, dass diese den Sportförderrichtlinien nicht entsprechen. Diesen Richtlinien können sie aber nicht entsprechen, weil sie eine Einrichtung des Katastrophenschutzes sind. Das ist der einzige Grund, warum sie kein Mitglied im Stadtsportbund werden können, auch wenn sie dort „Sport“ betreiben. Sie geben dort Schwimmkurse. Die Stadt gibt Schwimmkurse für 100 Euro für Schwimmanfänger, also auch für Kinder. Das DRK macht das für 125 Euro und der noch genannte Mitbewerber nimmt für den gleichen Schwimmkurs 300 Euro. Aus seiner Sicht übernimmt das DRK Leistungen der Stadt, da die Wasserwacht im Rahmen des Katastrophenschutzes beauftragt ist und regelmäßig gerufen wird. Deshalb sollte noch einmal darüber gesprochen werden.

**Herr Kellner, Fraktion CDU**, gibt den Hinweis, dass die Feuerwehr eine kommunale Pflichtaufgabe im Ehrenamt ist. Im Ausschuss für Kultur und Sport oder im Ausschuss für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt sollte beraten werden, wo sie ertüchtigt werden können. Wenn wirklich allen Ehrenamtlichen etwas Gutes getan werden soll, sollte der Fachausschuss darüber beraten und im Stadtrat eine entsprechende Beschlussvorlage vorgelegt werden, die das Ehrenamt in Gänze würdigt, denn die Ehrenamtskarte ist ausbaufähig.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, stellt fest, dass das von Herrn Kellner Vorgetragene ein Antrag zur Vertagung ist und eine qualifizierte Beschlussvorlage erarbeitet werden soll, die dann auch eine Mehrheit findet. Insofern unterstützt er diesen Antrag.

Auf Nachfrage des **Stadtratsvorsitzenden, Herrn Rumpf**, an **Herrn Kellner**, ob er einen Antrag gestellt hat, erwidert dieser, dass es in Anbetracht des Ferienbeginns schön wäre, wenn der Punkt 3 heute beschlossen wird. Er wollte nichts vertagen.

---

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** erklärt, dass ein so weitreichender Antrag, sämtlichen Ehrenämtern kostenlosen Eintritt in den Schwimmbädern zu gewähren, in den Fachausschüssen vorherberaten werden sollte.

Es ging nicht um sämtliche Ehrenämter, sondern Herr Geiger hat den Antrag gestellt, dass die Inhaber der Ehrenamtskarte kostenfreien Eintritt haben sollen, erwidert **Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates**.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, stellt den **Geschäftsordnungsantrag**, eine qualifizierte Beschlussvorlage in die nächste Sitzung des Stadtrates einzubringen. Es stellt sich die Frage, warum das Ehrenamt im Sommer nicht schon mit entsprechender Begünstigung begleitet werden kann.

**Herr Weber, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste**, erklärt, auch als Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, dass der Mittelwert der Kosten in unserer Region bei 5,13 Euro liegt. Die Behauptung einer 50 % igen Erhöhung kann er nicht nachvollziehen. Es geht um eine Anpassung, mit der nicht alle Mehrkosten ausgeglichen werden können. Er verweist auf das Vorhandensein des Teilhabepaketes und dass es bezüglich des Bürgergeldes sicherlich Anpassungen geben wird. Damit wird denen, die sich das nicht leisten können, geholfen. Mit dem Hinweis auf den noch aufzustellenden Haushalt und den Ausgleich der Kosten durch Einnahmen, plädiert er für die Beschlussfassung der Vorlage. Den Antrag von Herrn Kellner hält er für richtig.

**Herr Geiger, fraktionsloses Mitglied**, bittet die Inhaber der Ehrenamtskarte mit in die Beschlussvorlage aufzunehmen. Im Anschluss sollte die Ehrenamtskarte optimiert werden. Diesbezüglich bietet er seine Mitarbeit an.

**Herr Picek, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, pflichtet Herrn Weber bei. Es gibt eine gut aufbereitete Beschlussvorlage, die seit Ende letzten Jahres diskutiert wird. Es ist seit vier Jahren die erste Anpassung. Die Preisanpassung erhält die Wettbewerbsfähigkeit, die nicht zu überzogen ist, wenn man sich die Mittelwerte und Vergleichspreise der anderen Eintrittsgelder im Umkreis anschaut. Es muss auch wirtschaftlich agiert werden. Er versteht das Ansinnen der Ehrenamtskarte, aber diese ist mit einer Ermäßigung bereits berücksichtigt, was ausreichend ist.

**Herr Adamek, Fraktion CDU**, bringt zum Ausdruck, als damals die Ehrenamtskarte vorgeschlagen wurde, kam das große Raunen im Stadtrat, dass sich die Stadt keine kostenlose Nutzung der kommunalen Einrichtungen leisten kann. Natürlich begrüßt er eine Erweiterung der Ehrenamtskarte. Schon vor Jahren sollte ein kostenloser ÖPNV geprüft werden. Momentan wird über 300, vielleicht auch 400 ausgegebenen Ehrenamtskarten gesprochen, was eine interessante Zahl ist, die evaluiert werden sollte. So könnte an dieser Stelle mehr für die Ehrenämter getan werden und vielleicht könnten auch mehr Menschen in das Ehrenamt gebracht werden. Er geht noch einmal auf die Anmerkung des Fachreferates ein, dass die Wasserwacht kein gemeinnütziger Sportverein ist. Es ist aber eine gemeinnützige Einrichtung im Gegen-

satz zu dem kommerziellen Mitbewerber. Es stellt sich die Frage, ob die Stadt sich nicht darauf einlassen könnte, zu definieren, dass gemeinnützige Vereine, die bspw. im Rahmen des Katastrophenschutzes tätig sind, die etwas für die Jugend tun und möglicherweise dafür sorgen, dass wesentlich weniger Menschen verunglücken, zumindest eine vergünstigte Möglichkeit bekommen, Schwimmkurse anzubieten, wenn diese nicht kommerziell stattfinden.

**Herr Fricke, Fraktion SPD**, stellt fest, dass die von Herrn Kellner in der letzten Sitzung beantragte Änderung bereits in der Beschlussvorlage eingearbeitet ist und weiterhin ein Änderungsantrag von Herrn Geiger vorliegt, die Ehrenamtskarte mit aufzunehmen, was von den Fraktionen Die Linke, AfD und der Freien Fraktion unterstützt wird. Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, ergänzt, dass weiterhin der Antrag der Freien Fraktion und der Fraktion AfD vorliegt, die Punkte 1 und 2 des Beschlusses zu streichen und damit die Erhöhung der Eintrittspreise herauszunehmen. Als erstes ist über den Antrag von Herrn Schönemann zur Zurückverweisung in die Ausschüsse abzustimmen.

Dem Antrag von Herrn Schönemann wird die **Fraktion SPD** nicht zustimmen, führt **Herr Fricke** weiter aus, denn irgendwann muss die Vorlage beschlossen werden. Die Fraktion wird der Erhöhung grundsätzlich zustimmen. Für die Ehrenamtskarte soll es bei der Ermäßigung bleiben.

**Herr Hans-Peter Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau**, möchte das Durcheinander mit den Änderungsanträgen auflösen. Die Freie Fraktion nimmt noch einen Punkt 4 auf, der heißt: „Die Träger der Ehrenamtskarte können die städtischen Bäder kostenfrei nutzen.“ Das ist genau das, was für die Feuerwehrkameraden zutrifft.

Er fasst den **Antrag der Freien Fraktion Dessau-Roßlau** zusammen:

Der Punkt 1 der Beschlussvorlage wird ersatzlos gestrichen. Die Punkte 2 und 3 bleiben unverändert bestehen. Ergänzt wird der Punkt 4, dass die Träger der Ehrenamtskarte die städtischen Bäder kostenfrei nutzen können.

**Herr Focke** stellt für die **CDU-Fraktion** den **Änderungsantrag**:

„Das DRK, Bereich Wasserwacht, wird als gemeinnütziger Verein definiert, da im Rahmen des Bevölkerungsschutzes Schwimmkurse gegeben werden und die Wasserwacht Leistungen für die Stadt erbringt. Auf dieser Basis wird dem DRK, Bereich Wasserwacht, eine symbolische Bahnmieta für die Durchführung von Kinderschwimmkursen gewährt.“

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, weist daraufhin, dass der Stadtrat die Wasserwacht nicht als gemeinnützigen Verein definieren kann.

**Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren**, legt dar, dass die Gemeinnützigkeit per Satzung geregelt, vom Gericht bestätigt und vom

---

Finanzamt geprüft wird. Deshalb könnte eine Gleichbehandlung, wie ein gemeinnütziger Verein, aufgenommen werden.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** unterbreitet den Vorschlag, den Punkt 3 so zu formulieren, dass die Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren und die gemeinnützige Vereine der Katastrophenhilfe, was das DRK ist, die städtischen Bäder kostenfrei nutzen können, oder es wird ein Punkt 4 aufgenommen: „Gemeinnützige Vereine des Brand- und Katastrophenschutzes erhalten Sonderkonditionen, die mit dem Fachamt zu verhandeln sind.“

**Herr George, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste**, stellt den **Antrag auf Auszeit**.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, gibt die Durchführung einer 15-minütigen Pause/Auszeit bekannt.

Während der Pause verlässt Herr Schröter, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, die Sitzung. (39)

**Herr Fricke, Fraktion SPD**, stellt nach der Auszeit den **Geschäftsordnungsantrag zur Verweisung der Beschlussvorlage an den Ausschuss für Kultur und Sport sowie an den Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung**.

Aufgrund des Hinweises des **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Rumpf**, dass dieser **Antrag bereits von Herrn Schönemann gestellt** wurde, **schließt sich Herr Fricke dem Verweisungsantrag an**.

**Herr Tschammer, Fraktion SPD**, stellt den **Antrag auf Ende der Debatte**. Dieser Antrag wird mehrheitlich angenommen.

**Herr Adamek, Fraktion CDU**, erklärt dem Büro des Stadtrates gegenüber seine **Befangenheit** und nimmt an der **Abstimmung zur Beschlussvorlage nicht teil**. (38)

**Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates**, bringt den **Antrag zur Verweisung** der Beschlussvorlage an den Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung sowie an den Ausschuss für Kultur und Sport zur Abstimmung.

Der **Verweisungsantrag** wird mehrheitlich (23:13:02) **angenommen**.

- 6.4 Freigabe der Aufgabenstellung und Durchführung der Planungsausschreibung zum „Stadteingang Ost - Umgestaltung der Mühleninsel“  
Vorlage: BV/115/2023/III-67**

**Beschluss:**

1. Auf Grundlage der beigefügten Aufgabenstellung wird die Planungsleistung zur Umgestaltung der Mühleninsel innerhalb eines europaweiten Vergabeverfahrens ausgeschrieben. Diesem Beschluss wird zugestimmt.
2. Dem Beginn des Vergabeverfahrens vor Erhalt des Fördermittelbescheides wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis: 38:00:01**

- 6.5 Jubiläum "250 Jahre Dessauer Philanthropinum" im Jahr 2024  
Vorlage: BV/143/2023/I-41**

**Beschluss:**

1. Die Stadt Dessau-Roßlau wird beauftragt, für das Jubiläum „250 Jahre Dessauer Philanthropinum“ 2024 Projekte und Veranstaltungen zu initiieren.
2. Die Organisation des Jubiläums erfolgt in Kooperation mit dem Gymnasium Philanthropinum.
3. Die Stadt Dessau-Roßlau bewirbt sich mit den Ideen und dem Wirken des Philanthropinums um Aufnahme in das Bundesweite Verzeichnis des Immateriellen Kulturerbes.

**Abstimmungsergebnis: 37:00:02**

- 6.6 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 65 "Freiflächenphotovoltaikanlage an der Lukoer Straße" – Durchführung der frühzeitigen Beteiligung  
Vorlage: BV/113/2023/I-61**

**Beschluss:**

Der in der Anlage 2 beigefügte Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 65 "Freiflächenphotovoltaikanlage an der Lukoer Straße" in der Fassung vom

---

05.04.2023 und die dazugehörige Begründung (Anlage 3) mit Umweltbericht (Anlage 3.1) werden gebilligt. Zusammen mit den in den Anlagen 3.2 bis 3.5 aufgeführten Unterlagen werden sie zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit bestimmt.

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss sowie die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit ortsüblich bekannt zu machen. Der Inhalt der ortsüblichen Bekanntmachung und die auszulegenden Unterlagen sind zusätzlich auf der Internetseite der Stadt Dessau-Roßlau einzustellen und über das zentrale Internetportal des Landes zugänglich zu machen.

**Abstimmungsergebnis:** 37:02:00

- 6.7      3. Ändeung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Roßlau Freiflächenphotovoltaikanlage an der Lukoer Straße“ – Durchführung der frühzeitigen Beteiligung**  
**Vorlage: BV/114/2023/I-61**

**Beschluss:**

1. Der in der Anlage 2 beigefügte Vorentwurf der 3. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) für den Stadtteil Roßlau "Freiflächenphotovoltaikanlage an der Lukoer Straße“ in der Fassung vom 22.03.2023 und die dazugehörige Begründung (Anlage 3) mit Umweltbericht (Anlage 3.1) werden gebilligt. Zusammen mit der in der Anlage 3.2 aufgeführten Unterlage werden sie zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit bestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss sowie die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit ortsüblich bekannt zu machen. Der Inhalt der ortsüblichen Bekanntmachung und die auszulegenden Unterlagen sind zusätzlich auf der Internetseite der Stadt Dessau-Roßlau einzustellen und über das zentrale Internetportal des Landes zugänglich zu machen.

**Abstimmungsergebnis:** 36:03:00

**6.8 Fortschreibung des Freiflächen-Photovoltaikkonzeptes – Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung**  
**Vorlage: BV/126/2023/I-61**

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, verweist auf einen vor ca. 2 ½ Jahren gefassten Beschluss, in dem man sich auf Dachflächen konzentrieren wollte. Er bittet um eine Antwort konzeptioneller Art, wie über die Freiflächen der Dächer eine Entlastung geschaffen werden kann.

**Herr Kellner, Fraktion CDU**, weist daraufhin, dass sich der Ausschuss für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt bereits mit dem Thema Dachflächen beschäftigt.

**Beschluss:**

Der in Anlage 2 beigefügte Entwurf der Fortschreibung des Freiflächen-Photovoltaikkonzeptes der Stadt Dessau-Roßlau wird gebilligt und als Grundlage zur Durchführung der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung bestimmt

**Abstimmungsergebnis:** 35:04:00

**6.9 3. Novellierung des Maßnahmebeschlusses**  
**BV/243/2020/IV-41 vom 14.10.2020 zur Sanierung des Blumengartenhauses im Park Georgium zur Unterbringung der Museumspädagogik der Anhaltischen Gemäldegalerie**  
**Vorlage: BV/110/2023/III-65**

Die Beschlussvorlage wurde **zurückgestellt**.

**6.10 Novellierung des Gesamtmaßnahmebeschlusses**  
**Sanierung und Modernisierung Wissenschaftliche Bibliothek im Palais Dietrich, Zerbster Straße 35, 06842 Dessau-Roßlau**  
**Vorlage: BV/152/2023/III-65**

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, bittet aufgrund dessen, dass es einen ganzen Komplex Novellierungen gibt, um eine Übersicht zu den Kostenentwicklungen

der Objekte für die letzten 1 ½ Jahre, da das für die Planung des zukünftigen Haushaltes von entscheidender Bedeutung ist.

## **Beschluss:**

Die Gesamtausgabe für die Sanierung und die Modernisierung „Wissenschaftliche Bibliothek“ für den 1.-3. Bauabschnitt erhöht sich von 6.981.100 Euro (brutto) um 878.600 Euro (brutto) auf 7.859.700 Euro (brutto).

Für den 1. Bauabschnitt (Energetische Sanierung) erhöht sich die Ausgabe von 3.581.700 Euro (brutto) um 646.700 Euro (brutto) auf 4.228.400 Euro (brutto) und für den 2. Bauabschnitt (Dachsanierung) von 1.045.200 Euro (brutto) um 231.900 Euro (brutto) auf 1.277.100 Euro (brutto).

Die zusätzlichen finanziellen Mittel für beide Bauabschnitte von 878.600 Euro (brutto) werden bereitgestellt.

**Abstimmungsergebnis:** 39:00:00

## **6.11 Radverkehrsanlage Albrechtstraße - Ostseite - Novellierung Maßnahmebeschluss - Vorlage: BV/144/2023/III-66**

### **Beschluss:**

1. Aufgrund der aktuellen Gesamtkosten der Straßenbaumaßnahme Radverkehrs-anlage Albrechtstraße Ostseite, zwischen Körnerstraße und Walderseestraße, ist der Maßnahmebeschluss BV/268/2022/III-66 vom 14.09.2022 zu novellieren. Die aktuellen Gesamtkosten betragen 3.354.000 €.
2. Die Realisierung des 2. Bauabschnitts, von Sebastian-Bach-Straße bis Walderseestraße, erfolgt vorbehaltlich der Bewilligung weiterer Fördermittel aus dem Bundesprogramm zur Förderung des Radverkehrs "Stadt und Land".
3. Zur Sicherung der Finanzierung der Leistungen des 1. Bauabschnitts, Körnerstraße bis Sebastian-Bach-Straße, wird eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) in Höhe von 360.000 € genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:** 38:00:01

**6.12 Umgestaltung Albrechtsplatz mit Kreisverkehr Wolfgangstraße  
- Novellierung des Maßnahmebeschlusses -  
Vorlage: BV/146/2023/III-66**

**Beschluss:**

1. Auf Grund der aktuellen Gesamtkostenentwicklung ist der Beschluss des Stadtrates BV/065/2021/III-66 vom 21.04.2021 zum Vorhaben „Umgestaltung des Albrechtsplatzes mit Kreisverkehr Wolfgangstraße“ zu novellieren. Die aktuellen Gesamtkosten betragen 4.702.400 €.
2. Zur Gewährleistung der Finanzierung der Schlussrechnungen erfolgt die Freigabe der noch nicht freigegebenen Finanzmittel des Haushaltes 2023 in Höhe von 169.500 € nach Beschlussfassung der Dienstberatung des Oberbürgermeisters.

**Abstimmungsergebnis:** 37:00:02

**6.13 Neufassung der Satzung über den Winterdienst der Stadt Dessau-Roßlau (Winterdienstsatzung)  
Vorlage: BV/135/2023/III-66**

**Herr Adamek, Fraktion CDU,** verweist bezüglich des Winterdienstes auf Radwegen darauf, dass ein Bereich in der Puschkinallee nicht im Winterdienstverzeichnis enthalten ist und aufgenommen werden sollte.

**Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün,** erwidert, dass im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität darüber gesprochen wurde. Es wird nicht auf der Satzungsebene bearbeitet. Wo eine Beräumung erforderlich ist, wird diese erfolgen.

**Beschluss:**

Die Neufassung der Winterdienstsatzung in der Stadt Dessau-Roßlau wird in der Fassung gemäß der Anlagen 2 und 3 beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 38:00:01

**6.14      Ausbau Mannheimer Straße, B 184 - zwischen Junkersstraße und Weststraße - Novellierung Maßnahmebeschluss**  
**Vorlage: BV/155/2023/III-66**

**Beschluss:**

Auf Grund der aktuellen Gesamtkostenentwicklung ist der Beschluss des Stadtrates BV/021/2021/III-66 vom 21.04.2021 zum Vorhaben „Vierstreifige Ausbau der Mannheimer Straße, B 184, im Abschnitt zwischen Junkersstraße und Weststraße“ zu novellieren. Die aktuellen Gesamtkosten betragen 4.580.500 €.

**Abstimmungsergebnis: 38:00:01**

**6.15      Projektgebundene Maßnahmen zur gesunden Ernährung in den Kindertagesstätten und der Kindertagespflege in der Stadt Dessau-Roßlau**  
**Vorlage: BV/093/2023/IV-51**

**Herr Geiger, fraktionsloses Mitglied**, gibt seine **Enthaltung** bei der Abstimmung zur **Beschlussvorlage BV/144/2023/III-66 (TOP 6.11)** bekannt.

Er bitte bezüglich der jetzt zu verhandelnden Beschlussvorlage um die Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse der vorberatenden Gremien.

**Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates**, legt folgende Abstimmungsergebnisse dar:

Jugendhilfeausschuss: 13:00:00, Ausschuss für Gesundheit, Bildung und Soziales: 07:00:00, Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung: 07:00:00.

**Beschluss:**

1. Zur Sicherung der bisherigen Qualität in Bezug auf die Fortsetzung der Maßnahmen und Projekte zur gesunden Ernährung wird der Zuschussbetrag ab dem 01.01.2023 auf 0,85 € pro Kind auf der Grundlage einer 80 %igen Auslastung gemessen an der Kapazität der Einrichtungen erhöht.

2. Das Jugendamt wird beauftragt, in 2023 die Ergebnisse der bisherigen Umsetzung der projektgebundenen Maßnahmen zur gesunden Ernährung zu evaluieren. Die Inanspruchnahme anderweitiger Finanzierungs- und Umsetzungsmöglichkeiten ist hierbei zu prüfen. Hieraus ableitend ist ein Rahmenkonzept zur gesunden Ernährung für die Stadt Dessau-Roßlau zu erarbeiten und in 2024 den Fachgremien zur weiteren Entscheidung vorzustellen.

**Abstimmungsergebnis:** 39:00:00

**6.16      Wirtschaftsplan 2023 des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten (DeKiTa)  
Vorlage: BV/389/2022/II-DKT**

**Beschluss:**

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes DeKiTa für das Wirtschaftsjahr 2023 wird gemäß Anlage 2 und 3 beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 38:01:00

**6.17      Einführung einer Erstwohnsitzprämie für Auszubildende und Studierende  
Vorlage: FV/014/2023/CDU**

**Herr Adamek, Fraktion CDU,** erläutert als Einreicher die Beschlussvorlage.

Prinzipiell ist jede Idee gut, die dafür sorgt, dass sich das Demografieproblem in unserer Stadt anders entwickelt, legt **Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke,** dar. Da Bedenken zur Umsetzung bestehen, z. B., wie soll die Rückrechnung erfolgen, wie sieht die Bindefrist aus, besteht ein Rechtsanspruch schon bei der Ummeldung, wird sich die Fraktion Die Linke bei der Abstimmung zur Vorlage enthalten.

**Herr Geiger, fraktionsloses Mitglied,** führt aus, dass es richtig und wichtig ist, Menschen in unserer Stadt zu halten bzw. dazu zu bewegen, in unsere Stadt zu ziehen. Allerdings findet er diese Maßnahme nicht wirklich zielführend. Der 150 Euro Anhalt-Gutschein kann nur bei wenigen Gewerbetreibenden umgesetzt werden. Wenn das allein von den Gewerbetreibenden finanziert werden soll, hält er das für ein Ungleichgewicht. Mehr Sinn macht das, was die Stadt Wittenberg macht, nämlich sie nutzen den Leerstand von stadt eigenen Wohnungen und geben Studenten und

---

Auszubildenden einen kräftigen Rabatt aufs Wohnen. Dadurch wird Leerstand wieder bewohnt und dem Verfall einiger Gebäude entgegengewirkt.

Der Rechtsanspruch besteht, wenn die Anmeldung mit Erstwohnsitz erfolgt ist, was ein automatischer und einfacher Prozess werden wird, erklärt **Herr Adamek, Fraktion CDU**. Die Gegenfinanzierung erfolgt sowohl aus FAG-Mitteln als auch aus der Gewerbesteuer, denn durch die Nutzung des Anhalt-Gutscheines bei den Gewerbetreibenden in unserer Stadt, bestehen dort auch zusätzliche Einnahmen.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die Einführung einer Erstwohnsitzprämie für Auszubildende und Studierende.

**Abstimmungsergebnis:** 30:03:06

**6.18      Offenes Rathaus**  
**Vorlage: FV/017/2023/BÜRGER**

Die Beschlussvorlage wurde seitens des Einreichers **zurückgezogen**.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt Nichtöffentlichkeit her.

**9            Schließung der Sitzung**

Die Sitzung wird durch seinen **Vorsitzenden, Herrn Rumpf**, um 19:15 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 20.09.23

---

Frank Rumpf  
Vorsitzender Stadtrat

Schriftführer